

für Sie gehabt? Hat es über die Niederlage hinaus vielleicht die Bedeutung gehabt, daß mit dem Sieg der Militärs nicht eigentlich etwas anderes begonnen hat, nämlich der Sieg dessen, was dort besiegt werden sollte? Breschnew sprach davon. Die damalige CSSR, 1968, sie ist der Beginn einer bürgerlichen Demokratie, einer bürgerlichen Gesellschaft. Das mußte zerstört werden.

Ist nicht mit dem Sieg der Militärs die Grundlage für den späten Sieg derer gelegt worden, die versucht haben, sich gegen die damaligen Formen der kommunistischen Nomenklatur aufzulehnen? Ich frage mich, Zdenek Mlynar: Wie hat das jemand erlebt, der 1968 selbst eine führende Rolle in der KPC, Mitglied des Präsidiums gespielt hat?

Vielleicht kann uns Zdenek Mlynar auch noch etwas Zusätzliches sagen. 1968 selbst ist ja vielleicht auch erst durch die bitteren Erfahrungen entstanden, die in den 50er Jahren gemacht worden sind. 1956 – vielleicht kann er das reflektieren. – Zdenek Mlynar, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

**Prof. Dr. Zdenek Mlynar:** Wie ich persönlich das Jahr 1968 erlebt habe und welche Konsequenzen ich damals daraus gezogen habe, habe ich auch schon versucht, in einem Buch zu schildern, und zwar in dem Buch „Nachtfrost“. Es wurde 1978 geschrieben und ist 1988 in zweiter Auflage in Deutschland erschienen.

Am Anfang der Debatte möchte ich ein paar Bemerkungen dazu machen, wie ich die Bedeutung des Prager Frühlings für die weitere Entwicklung – nicht nur in der damaligen Tschechoslowakei, sondern auch in anderen Nachbarländern und wahrscheinlich auch für die Ost-West-Beziehungen – sehe.

Die konkreten Dinge, die ich erlebt habe, als ich zum letzten Mal die lebenden Fossilien, von Breschnew angefangen und mit Schiwkow endend, in Preßburg und an anderen Orten traf, können wir in der Diskussion als ein belebendes Moment nutzen.

In der Einleitung möchte ich drei Bemerkungen formulieren.

Erstens. Was war das Jahr 1968 in der Reihe der Versuche, das sowjetartige System nach dem Tode Stalin zu ändern? Ich würde sagen, das Jahr 1968 war wahrscheinlich der letzte noch denkbare Versuch, für das System bedeutende Reformen gleichzeitig von oben, also auf Grund einer Initiative der herrschenden kommunistischen Partei, aber auch schon von unten mit einem Druck der Gesellschaft durchzuführen. Es war aus unserer Sicht – damit meine ich die damaligen Reformkommunisten oder sogar die damalige Führung der Reformkommunisten – nicht, wie Herr Eppelmann gesagt hat, eine Utopie. Sonst hätten wir damit nicht anfangen können.

Mir wird auch immer die Frage gestellt: Habt ihr denn nicht gewußt, daß die Russen kommen müssen? Ja, das haben wir zum Teil schon gewußt. Aber man kann nicht eine neue Politik machen und gleichzeitig davon überzeugt sein, daß das nur schiefgehen kann, weil die Panzer kommen. Aus dieser Sicht war

es auch psychologisch nicht denkbar, das nur als eine Utopie zu verstehen. Aber es war meiner Meinung nach gerade im Falle der Tschechoslowakei damals nicht nur eine Utopie, sondern eine gewisse Möglichkeit, sicher eine relative und begrenzte, aber immerhin eine der Tschechoslowakei eigene Chance des praktischen Ausbaus von Sozialismus. Da es in Jugoslawien gelungen ist, haben wir geglaubt und gesagt: Warum denn nicht auch bei uns? Auch wir hatten dafür gewisse günstige Bedingungen. Das heutige Schicksal von Jugoslawien ist kein Argument dagegen, daß das jugoslawische Modell in den Jahren von 1955 bis 1965 in gewissem Sinne funktionierte und eine gewisse Anziehungskraft hatte.

Was war bei uns die besondere Realität? Warum haben wir geglaubt, es gebe innerhalb der KPC ein Reformpotential, das eine realpolitische Kraft sein könnte? Im Unterschied nicht nur zu Deutschland, wo man die DDR immer als Fortsetzung der Ostzone begriffen hatte, sondern auch im Unterschied zu Polen und im Unterschied zu Ungarn war die Tschechoslowakei ein Land, in dem nach dem Jahre 1945 das sowjetartige System doch mit gewisser Unterstützung von einem großen Teil der Bevölkerung – ungefähr 30 % oder mehr – getragen wurde. Bei den Wahlen 1946 wurde die kommunistische Partei die stärkste Partei.

Ich kann persönlich sagen – ich habe das erst nachher mit den Gefühlen von polnischen Kollegen, damals Genossen, vergleichen können –, daß ich nie das Gefühl hatte, wenn hier Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und freie Wahlen sowie – nicht am Anfang – die Konkurrenz von mehreren Parteien und die Arbeiterselbstverwaltung usw. kämen, ich an der Laterne aufgehängt gehörte. Nein, das war bei uns nicht der Fall. Wir haben eine gewisse, auch historisch begründete Unterstützung gefühlt.

Deshalb gab es diese trügerische Überzeugung, daß unsere Abhängigkeit von Moskau eigentlich nicht so wahnsinnig groß gewesen sei. Wir dachten, wir könnten uns das leisten. Der wichtigste Fehler der Reformkommunisten damals in Prag bestand meiner Meinung nach darin, daß wir die Bedeutung des Sturzes von Chruschtschow 1964 vollkommen falsch bewertet haben. Wir haben geglaubt, das brächte eine Änderung, nicht aber eine Rückkehr zu einem Neustalinismus und ein Ende der Reformen. In dieser Meinung – heute kann ich das schon ganz offen sagen – hat mich auch einer meiner Freunde und meiner Kommilitonen in Rußland bekräftigt, ein gewisser Michail Sergejewitsch Gorbatschow, mit dem ich im Jahre 1967 in Stawropol zusammenkam. Ich hatte ihm grundsätzlich schon erzählt, was wir im Sine hatten.

Er sagte: „Weißt du, Breschnew ist eine reine Übergangsfigur. Da haben sich alle geeinigt. Der schadet niemandem. Der läßt uns alles machen, was wir da unten in den Provinzen machen wollen. Chruschtschow war schon unerträglich. Der hat mir Vorschriften gemacht, ob und in welchem

Ausmaß ich Mais in Stawropol pflanzen muß. Breschnew geht in zwei bis vier Jahren. Dann kommen einige mit der Konzeption. Das, was du da erzählst, paßt möglicherweise für die Tschechoslowakei, nicht aber für uns. Aber auch bei uns ist es notwendig, eine Reform zu machen. Alle Ostblockländer müssen für ihre Entwicklung Freiraum bekommen.“ Damit war er einverstanden.

Dann aber hat sich diese Zwischenzeit der Breschnew-Herrschaft auf ungefähr 20 Jahre verlängert, und als Gorbatschow an die Macht kam, war schon alles vorbei; nicht nur in bezug auf die Generationen und nicht nur bei uns, sondern auch in der Sowjetunion.

Da sehe ich also nicht nur utopische Momente, sondern es waren Gründe dafür vorhanden, warum wir überzeugt waren, es gehe in der Tschechoslowakei. Es gab auch eine gewisse Tradition. Die damals bestimmende Generation war die, die die Jahre von 1945 bis 1948 als politisch bestimmende Periode erlebt hatte: die Volksdemokratie, die noch nicht zum Lachen bestimmt, sondern wirklich ein Versuch war, etwas zu tun, was der Nachkriegszeit entsprach.

Dies galt insbesondere in Prag, wo die Enttäuschung hinsichtlich des Parlamentarismus nach den Erfahrungen mit München noch tief in den Knochen der Bevölkerung steckte. Da die westlichen Demokratien den immerhin demokratischen tschechischen Staat Hitler ausgeliefert hatten und die Schwäche der Parteienzersplitterung spürbar war, wollte man sich auf etwas stützen. Wer war da besser als der slawische große Bruder aus der Zeit der österreichischen Monarchie? Wir haben die Russen doch immer in gewissem Sinne geliebt, aber – im Unterschied zu Polen und den anderen – auf unserem Territorium nie erlebt. Das war der große Bruder, der sich aber – so dachten wir – nie als unerwünschter Gast bei uns längere Zeit aufhalten würde. – Dies möge erst einmal genügen. Ich glaube, daß wir das in der Diskussion vertiefen können.

Zweitens. Was sind die wichtigsten Folgen? In der Tschechoslowakei, glaube ich, waren die Folgen, daß es nach 1968, nach der Niederlage des Prager Frühlings, mit der Erwartung einer Systemänderung, die von oben kommen könnte, vorbei war. Das Reformpotential innerhalb der KP wurde durch die tiefgreifenden Säuberungen ausgerottet. Da beginnt die Entwicklung, bei der die jüngere Generation – darüber wird Anna Sabatova sprechen, weil sie dieser Generation gehört – nicht mehr daran glaubte, daß innerhalb der KPC etwas zu erwarten sei. Das gilt auch für Polen. Am Nachmittag wird darüber gesprochen werden.

Der schon genannte Adam Michnik war einer der ersten, der in den Jahren 1970/71 in Paris gesagt hatte: Nach dem Prager Frühling gibt es nur eine andere Strategie, nämlich parallele Strukturen zu gründen, nicht aber darauf zu hoffen, daß sich die demokratischen Strukturen innerhalb der offiziellen Struktur entwickeln können. Später hat er gesagt: Es gilt, nicht die Parteisekretariate anzuzünden, sondern eigene zu gründen. Das war die Lehre vom Prager Frühling bei den Oppositionellen in den Nachbarländern.

Innenpolitisch ging es darum, daß sich ein Teil der Reformkommunisten als Folge der gemeinsamen Unterstützung langsam bewußt wurde, daß die politische Freiheit und die Bürgerrechte unteilbar sind. Solange ich keine Freiheit hatte, hatte die Freiheit, sich zu äußern, auch kein katholischer Theologe, der mir vorher persönlich nicht gerade so nahe stand. Aber jetzt plötzlich waren wir beide in der gleichen Lage. Das ist die Grundursache für die Möglichkeit, daß sich eine Charta 77 dann formierte. Darüber müssen wir noch sprechen.

Was die anderen sogenannten sozialistischen Länder betrifft, so glaube ich, ist das Wichtigste, was nach dem Prager Frühling kam, die Angst vor Reformen. Die Russen und die Polen und wahrscheinlich auch Ulbricht hatten nach 1956 in der Chruschtschow-Ära die große Angst, es könne zu einem Aufstand kommen. Man dachte an den 17. Juni, an den ungarischen Aufstand, an Polen, an den Oktober 1956, an Streiks usw. Jetzt war das Gespenst der Reformen da. Man dachte, damit beginnt das. Das war der Begriff der kriechenden Konterrevolution. Es steht etwas Unbemerkbare am Anfang. Daraus kann sich etwas entwickeln. Das führte dann auch dazu, daß mit den Reformversuchen Schluß war.

Das, was in Rußland dann von Gorbatschow „Stagnation“ genannt wurde, war nicht nur eine Stagnationsperiode, sondern auch eine Periode der Unterdrückung jeden Versuchs, Reformen innerhalb des Systems ernstzunehmen. Auf russisch habe ich damals den Russen gesagt: Das ist kein „sastoi“. Das ist „sastoi i sashim“. Das ist Stagnation und Unterdrückung.

Das bedeutete dann auch international, daß sogar die kommunistische Bewegung zu dem Schluß kam: So geht das nicht weiter. Irgendwie konnte man sich den Budapester Aufstand in der KPI oder in anderen Parteien noch erklären. Es hieß, ja, das ist immerhin ein Versuch einer Konterrevolution; danach kommt Graf Esterhazy. Jetzt wußte man: Die Panzer sind nicht gekommen, um ehemalige Bodenbesitzer, Kapitalisten zu arretieren, sondern um das Politbüro der KPC in Arrest zu setzen und ein revolutionäres Tribunal vorzubereiten. Da waren sie schon vorsichtig. Danach kam die Formulierung von Berlinguer: Eigentlich bevorzuge ich es, NATO-Mitglied und nicht Mitglied des Warschauer Pakts zu sein.

International war es aber, glaube ich, auch so, daß sich die sowjetische Führung verpflichtet gefühlt hat, die irrsinnige Notwendigkeit, das mit Gewalt zu unterdrücken, zu vertuschen. Eine gewisse Erleichterung bei den nachfolgenden Verhandlungen und bei der Entspannungspolitik bis hin zu Helsinki usw. hängt wahrscheinlich auf indirekte oder gar absurde Weise mit der Unterdrückung des Prager Frühlings zusammen. Zumindest ist das offiziell immer schon so behauptet worden. Ohne die Unterdrückung des Prager Frühlings wäre es aus Sicht von Breschnew undenkbar gewesen, die Schlußakte von Helsinki zu unterschreiben.

Drittens. Die Deutschlandfrage hat damals in der Tschechoslowakei in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Rolle gespielt. Für uns als reformkommunistische Führung war die Deutschlandfrage von riesiger Bedeutung, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zuerst gab es für uns damals eine sich in statu nascendi befindende Entspannungspolitik.

Die Ostpolitik von Willy Brandt war zwar noch nicht da, aber er war immerhin schon Außenminister. Man wußte, es geht in diese Richtung. Das sage ich nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern das sage ich auch an die Adresse der Amerikaner. Die Entspannung von damals ist nicht zu vergleichen mit der Entspannung, die es 1987 oder 1988 gab.

Es war für uns damals aber eine große Hoffnung, daß es zu dieser Entspannung kommen könnte. Wir wußten, je weiter das geht, je weniger mit der Gefahr eines Krieges oder eines Konflikts argumentiert wird, desto mehr Raum kriegen wir wahrscheinlich für unsere Entwicklung. Da wollten wir uns aber nicht einmischen. Wir wollten die russischen Behörden nicht stören.

Das war aber ein Fehler. Wir haben uns so isoliert, anstatt Unterstützung zu suchen. Dies geschah in der Befürchtung, daß wir, wenn wir international gesehen aktiv wären, Moskau provozieren würden. Wir haben Moskau zwar sowieso genug provoziert, aber es hätte dann auch eine internationale Stütze gegeben. Es gab also Isolierung.

Aus dieser Sicht gesehen waren wir nicht imstande, die damals tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen positiv zu bewerten und zu entwickeln. Es herrschte sogar Angst. Obwohl der damalige Außenminister Hajek es persönlich mehrmals wollte, ist er niemals offiziell mit einem westdeutschen Vertreter zusammengetroffen. Es gab nur ein Mittagessen im Institut für internationale Politik mit einer deutschen Delegation. Schon das führte dazu, daß Ulbricht in Berlin getrommelt hat. Es hieß: Die Tschechen wollen sich getrennt, auf eigenen Wegen und auf eigene Faust mit Deutschland arrangieren.

Da spürte man in Moskau schon eine Gefahr. Für Moskau war es wichtig, daß alle Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Ostblock nur über Moskau führten, nicht aber getrennt verhandelt wurde. Wir standen unter dem Druck, das nicht zu verletzen. Auf der anderen Seite war die Sympathie für die sich in statu nascendi befindende Ostpolitik sehr groß.

Ulbricht hat damals versucht, aus den deutsch-tschechischen Beziehungen einen Konfliktgegenstand zu machen. Ich erinnere mich an die Verhandlungen in Preßburg am 3. August, wo alle Führer anwesend waren. Auch ich war dabei. Weil die Freunde der Sowjetunion bei uns nicht so gut russisch konnten, war ich dort als ZK-Sekretär und als Dolmetscher. Da sagte Ulbricht – er war persönlich immer sehr ehrgeizig –: „Ich bin nach Preßburg gekommen und dachte, da stehen Massen, die auch die DDR begrüßen. Aber ich habe nur gehört: 'Dubcek!' Dubcek!' Hängt das damit zusammen, daß ich die

tschechische Sprache nicht beherrsche?“ Damit hing es nicht zusammen. Niemand hat gerufen: „Es lebe Ulbricht!“

Auf der anderen Seite hat er immer darauf bestanden, daß in der sogenannten Preßburger Erklärung die Aussage steht: Der deutsche Revanchismus wird gerade jetzt zu einem gefährlichen Faktor. Wir haben im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten dagegen gekämpft. Ich weiß nicht, was da steht – es ist sowieso eine ideologische Formulierung –, aber jedenfalls nicht das Schlimmste, was die SED-Vertreter wollten, weil wir gesagt haben: Nein, wir haben jetzt eine internationale Etappe, wo uns keine Verschärfung der Konflikte mit Deutschland bevorsteht. (Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD):** Nach dem kurzen heißen Sommer des Prager Frühlings von 1968 folgte dann der lange Winter der „Normalisierung“, wie ja diese Periode häufig auch genannt wurde. „Normalisierung“ mußten die in Prag erleiden und erleben, die dann begannen, von unten her sich selbst zu engagieren und sich zu konstituieren als das, was dann nachher in die Dissidentenbewegung führte, der Versuch, in der Wahrheit zu leben. Ich denke an Václav Havel und andere, auch Anna Sabatova. Ich erinnere mich ganz gut, Anna Sabatova, an die Anglicka 8, eine Wohnung in der Nähe des Wenzelsplatzes, welche die Anlaufadresse war für Begegnungen zwischen Ost und West, Dissidenten und denen, die auch aus dem Westen Interesse an der Entwicklung der inneren Umgestaltung Ihres Landes und der gesamten Region Ost- und Mitteleuropas von unten hatten.

**Anna Sabatova:** Das Thema, das für diese Anhörung vorgegeben wurde, ist ziemlich breit. Ich werde zuerst etwas über das Jahr 1968 sagen. In der Tschechischen Republik gibt es heutzutage eine gewisse Mode, die Bedeutung des Prager Frühlings herabzusetzen und ihn als einen Kampf zweier Machtfractionen in der Führung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu interpretieren; als einen Kampf, der der Mehrheit der Menschen nicht viel zu sagen hat und der mit dem heutigen Bestreben, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, nichts zu tun hat. Die Bezeichnung „68er“ nimmt in der heutigen Publizistik in der Tschechischen Republik oft einen abfälligen Anflug an.

Im Interesse der historischen Wahrheit ist es notwendig, solche Abqualifizierungen entschieden abzulehnen. Der Prager Frühling war der erste und im Grunde der einzige gesamttschechoslowakische Versuch, das damalige politische System nicht nur zu verbessern, sondern es auch zu überwinden, und zwar ein System, das in jenem Lande nach dem Februar 1948 entstanden war und sich danach 20 Jahre lang durch das Zusammenwirken zweier Faktoren an der Macht hielt: der Repression und dem Staatsdirigismus einerseits und der zuerst massiven, dann immer mehr erschlaffenden Unterstützung der Bevölkerung andererseits.

Die ganze Gesellschaft, nicht nur die Reformkommunisten, setzte sich im